der Zähesten. Wollen Sie bei uns nicht an vorderer Stelle mitmachen? Ich hatte mich eigentlich nicht berufen gefühlt, hier vorne zu sitzen. Dann höre ich in diesem Verein von einer Frau, die eine Zuchthausstrafe bekommen hat. Sie hat in Gralenmüritz eine Pension und ist dann verurteilt worden, und dieses Urteil ist jetzt durch Kassation aufgehoben worden. Eigentlich heißt das sofortige Rückgabe aller Eigentumsgeschichten. Im Landesamt für Vermögensfragen in Greifswald kriegt sie dumme Antworten, und sie hat sehr große Schwierigkeiten, überhaupt das, was ihr zugesagt ist, auch durchzusetzen.

Und das sind eigentlich nur die Dinge von resoluten Leuten, die nicht so leicht aufgeben. Von denen, die im Vorfeld schon die Segel gestrichen haben, kann ich nicht berichten, weil ich sie wahrscheinlich nicht kennengelernt habe. Zu diesen Bündeln der Anfrager, irgendwo an zentralen Stellen, und zum Vereinigen dieser Initiativen möchte ich sagen, alle Betroffenen haben irgendwo ein persönliches Schicksal, und sie gehen nicht in irgendeine anonyme Stube. Sie suchen sich jemanden aus, dem sie vertrauen, und hängen sich quasi an und sagen: Bitte, was kann ich tun, Ratgeber? Und so bin ich auch in diese Ratgeberrolle im Dorfe Breege auf Rügen gerückt, obwohl ich mich da nicht drum gedrängt habe, aber die Fälle, die ich jetzt heute aus persönlichem Erzählen kenne und die alle noch weiterführendes Unrecht oder neu entstehendes Unrecht bedeuten, muß ich mit 10 bis 20 etwa beziffern. In einem Dorf, das noch nicht mal 1000 Einwohner hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank, immer wieder auch da, wo es biographischen Stoff gibt. Wenn ich es richtig sehe, haben sich, bis auf zwei, die sich nicht gemeldet haben, in dieser Gruppe alle vorstellen können. Mein Vorschlag wäre, daß wir ein bißchen von den 2 Stunden sogenannter Pause knappsen, damit wir zumindest die Fragen noch stellen können. Mir liegen zwei Meldungen bisher vor. Ich bitte die Fragenden, ihre Fragen ganz kurz zu machen. Da sind inzwischen vier.

Abg. Frhr.von Schorlemer(CDU/CSU): Ich habe eine kurze Frage, und zwar an die Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität. Ich möchte ganz gerne von Ihnen, auch Ihrer praktischen Arbeit hören, wie gerade Sie bei der Diskussion um den inzwischen ausgeschiedenen Rektor Fink agiert haben?

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Dieselbe Frage wollte ich auch stellen.

Abg. Frau v. Renesse (SPD): Ich habe eine Frage an die Rehabilitationsgruppe, also Fernsehen/Funk. Ist wegen der Finanzierung gerade Ihres Projekts auch einmal die Gemeinschaft der Rundfunkanstalten angegangen worden, ARD, ZDF? Es könnte ja gerade im Vergleich mit der Rundfunkgeschichte im Westen ein sehr interessantes Projekt sein, das auch den Westen interessiert.

Abg. Hilsberg (SPD): Ich habe Fragen an die Projektgruppe zur Aufarbeitung

an der Humboldt-Universität und an die Rehabilitierungskommission für die Einrichtungen gemäß Artikel 36 Einigungsvertrag. An beide gemeinsam die Frage in bezug auf die Rehabilitierung. Welche Ergebnisse haben Sie denn da? Und wie sind sie zugänglich? Und eine Zusatzfrage an die Projektgruppe der Humboldt-Universität. Erzählen Sie doch mal ein bißchen, welche Erfahrungen Sie gemacht haben, einerseits mit den gesetzlichen Grundlagen für die Rehabilitierung, andererseits, da Sie ja auch beschäftigt sind mit denjenigen, die Verstrickung im MfS gehabt haben, mit dem Arbeitsgesetz etc. Oder gibt es richtige Konflikte, wo Sie sagen, es ist eigentlich erwiesen, daß derjenige Mitarbeiter für das MfS gearbeitet hat, aber es gelingt uns nicht, ihn aus der Humboldt-Universität herauszubekommen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Meine Frage geht auch an die Vertreterin der Rehabilitierungskommission. Gibt es aus den Berliner Hochschulen, ich denke vor allem an die FU mit ihrem ausgebildeten kommunikationswissenschaftlichen Fachbereich, irgendjemand, der mal auf Sie zugekommen ist und Ihre Erfahrung auch nutzen wollte, um den Propagandaauftrag der Rundfunk- und Fernsehanstalten der DDR aufzuarbeiten?

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Direkt im Anschluß daran. Es gibt in der Tat ja beim Rundfunkarchiv in Frankfurt am Main eine Forschungsstelle und da ließe sich eine Kooperation versuchen. Im übrigen ist es so, daß man natürlich bei der Betrachtung der Rundfunkgeschichte die verschiedensten Etappen – Sie haben Heinz Schmidt angeführt – und noch andere Hintergründe berücksichtigen muß. Schmidt war in englischer Emigration. Das war zu der Zeit eben sein „Fehler“ gewesen, ansonsten war er ein Parteimann, das muß man auch sehen. Ich habe aber noch andere Fragen, und zwar im Anschluß daran, was der Herr von der Umweltbibliothek gesagt hat. Er wendet sich gegen eine Dachorganisation, weil die Autonomie erhalten bleiben muß. Nun ist aber zwischen einer Dachorganisation und Autonomie überhaupt kein Gegensatz. Die Frage bei uns ist doch, wie soll man überhaupt einen Überblick bekommen, wenn es nicht irgendeine Form von Vernetzung auf der einen Seite gibt, aber auch Öffentlichmachung. Und da wäre es gut, wenn alle gemeinsam überlegen könnten, welche Gruppen am Werke sind, zu welchen Themen, damit man sich absprechen kann.

Abg. Meckel (SPD): Über die Frage des Dachverbandes: Ich denke, daß eine Zusammenfassung wichtig ist, um gemeinsame Interessen zu vertreten, um Doppelarbeit zu verhindern, um die Arbeit sich gegenseitig zu erleichtern. Die zweite Frage betrifft auch diejenigen, die sich mit Fragen der Anstellung und Personalfragen, eben wie z. B. in der Humboldt-Universität, beschäftigen. Hier haben wir das schwierige Problem, daß einerseits eine dringende Notwendigkeit besteht zu sichten und zu gucken, welche Personen welche Vergangenheit haben, andererseits es schwierig ist, an die entsprechende Personalakte heranzukommen. Das ist dann normalerweise nicht möglich.

Wie sind Ihre Erfahrungen in dieser Frage auf der begrenzten Ebene einer Universität? Es gibt ja andere Initiativen. Ich habe hier denBericht einer Initiative hier in Leipzig, von einer Arbeitsgruppe Personalangelegenheiten im Oberschulamt Leipzig, die, weil sie Fragen gestellt hatte, sich dann auflösen mußte und im Grunde rausgeflogen und gekündigt worden ist. All das am Beispiel des Öffentlichen Dienstes. Es ist natürlich klar, daß eine Kommission des Bundestages, da es sich offensichtlich um Landesangelegenheiten handelt, keine Kompetenz hat, dazu zu reden. Aber daß so etwas von verschiedenen Behörden geschieht, ist doch eine Frage, der man sich, glaube ich, stellen muß.

Abg. Thierse (SPD): Zwei Fragen. Erstens an die Projektgruppe der Humboldt-Universität. Haben Sie sich schon mit dem ja öffentlich bekannten Vorgang bei den Historikern – Sie erinnern sich, Relegierung von Studenten und Mitarbeitern – einmal befaßt und vor allem damit, wie konsequenzlos dieser öffentlich bekannte Vorgang bisher geblieben ist. Zweite Frage an den Vertreter der Umweltbibliothek. Sie haben von Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Gauckbehörde gesprochen und gesagt, Sie erkennen, so ungefähr, den Monopolanspruch der Gauckbehörde auf die Akten nicht an. Wie ist denn das Verhältnis? Hat die Gauckbehörde von Ihnen Originale zurückverlangt, oder haben Sie sich geweigert, Originale rauszugeben, die Sie haben, aber nicht die Gauckbehörde? Wie ist das Verhältnis von Originalen und Kopien, weil wir ja in das Gesetz sinnvollerweise hineingeschrieben haben, daß die Gauckbehörde natürlich einen Anspruch darauf haben soll, alles zugängliche Material bei sich zu versammeln, damit es für die Zwecke der Aufarbeitung, die wir da festgelegt haben, auch zur Verfügung stehen soll. Das wäre ja einigermaßen ungünstig, wenn da eine Konkurrenzsituation entstehen würde oder Sie den Eindruck erwecken würden.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Zusammenarbeit oder auch Kontroversen mit der Gauckbehörde, das ist ja gewissermaßen vorprogrammiert aufgrund des vielen vagabundierenden Materials. Und ich wäre schon mal interessiert zu hören, ob sich da Kompromisse andeuten. Denn natürlich müssen die Materialien, die in der Behörde nicht sind, dorthin zurück, d. h. aber nicht unbedingt, daß sie andererseits dem Domaschk-Archiv oder auch anderen Stellen, die in einer ähnlichen Situation sind, verlorengehen müssen. Es scheint doch, daß ihr da eine gute Regelung schon habt, wenn das Einverständnis der Betroffenen, auf die diese Akten sich beziehen, eingeholt wird, ehe man das ausstellt und auf sonstige Weise veröffentlicht. Hat sich diese Kontroverse mit der Behörde inzwischen beruhigt oder gibt es Lösungen, die man jetzt noch anstreben muß und die unterhalb einer Schwelle der Novellierung des Gesetzes liegen, z. B. auch durch den jetzt installierten Beirat? Da würde ich gerne noch einmal die Vorstellungen hören, weil das ja auch nicht nur die Umweltbibliothek betrifft, sondern eigentlich ganz viele Leute.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich hoffe, daß die gestellten Fragen so Ihr Interesse geweckt haben, daß Sie nach Beendigung der Pause auch alle wieder hier sein werden. Ich habe einen Augenblick gezögert, ob ich es tue, aber ich bin hier dreimal öffentlich nach einer eigenen Entscheidung angefragt worden und meine, daß ich dazu in eigener Angelegenheit vielleicht vier Sätze sagen darf.

Für die, die da vielleicht nicht so genau informiert sind: Ich bin im Frühsommer 1990 gefragt worden, ob ich mein Ja dazu geben könnte, daß ein Befehl, der von meinem Vorgänger gegeben worden war, was die Vernichtung von Personal- und Sachakten von Menschen anging, die im Auftrag der Nationalen Volksarmee Militärspionage in der Bundeswehr, in der Bundesrepublik betrieben hatten, weiter ausgeführt würde. Und dann bin ich gefragt worden, wie ich heute darüber denke, und darum antworte ich bloß darauf, weil ich ja aus dem Fakt an sich nie ein Geheimnis gemacht habe. Erstens, wenn ich damals richtig informiert worden bin und heute noch richtig informiert bin, habe ich den Eindruck, daß das, was ich getan habe, formaljuristisch O. K. ist. Zweitens, menschlich bin ich ein Stück enttäuscht darüber, daß der ja an der Stelle unerfahrene und schlecht informierte Minister offensichtlich nicht über alles genau informiert worden ist; salopp könnte ich vielleicht sagen, an der einen oder anderen Stelle über den Tisch gezogen worden ist. Ethisch, moralisch meine ich auch heute noch, daß das, was ich getan habe, verständlich und verstehbar ist. Wenn ich davon ausgehe, daß es mir unmöglich erscheint, einen Heidelberger, der im Auftrag der alten Bundesrepublik Militärspionage gegen die DDR betrieben hat, heute vor ein Gericht zu stellen, so erscheint es mir auch heute noch unverständlich oder unvorstellbar, daß ein Dresdner, der im Auftrag der Deutschen Demokratischen Republik Militärspionage gegen die alte Bundesrepublik betrieben hat, dafür vor Gericht gestellt wird. Ich betone aber, ich meine DDR-Bürger, die im Auftrage der DDR Spionage betrieben haben, keine Altbundesbürger, die im Auftrag der DDR Spionage betrieben haben. Ich habe den Eindruck, daß da auch die Juristen im Augenblick im Streit liegen. Wenn ich das richtig sehe, hat es einen Fall bei dem Berliner Kammergericht gegeben und jetzt liegt das beim Bundesverfassungsgericht, das sich bis 1993 damit befassen soll. Ein vierter Satz, der mir dazu einfällt, ist ein historisch-wissenschaftlicher Gesichtspunkt. Da bin ich inzwischen traurig. Auf den bin ich damals nicht gekommen, weil natürlich das, was weg ist, nicht mehr zur historisch-wissenschaftlichen Forschung genutzt werden kann. Ein fünfter, das ist ein politischer, und den kann ich auch nur aus heutiger Sicht beantworten. Da halte ich meine damalige Entscheidung für fragwürdig oder vielleicht sogar für falsch. Jetzt lassen Sie mich einen Satz ein bißchen schmunzelnd sagen. Ich hätte als ein Rechts- und BRD-Unkundiger dem Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland vertrauen sollen, daß das nicht

passieren wird, daß ein Dresdener wegen des genannten Falles vor ein gesamtdeutsches Gericht gestellt wird. Aber, Sie merken, ich sage das ein bißchen schillernd. Ich bin mir nicht so ganz sicher, ob wir in jedem Falle der Versuchung widerstehen können.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat: Ist es möglich, daß wir jetzt noch antworten? Zur ersten Frage von Herrn Schorlemer. Wir haben mit der Arbeit angefangen, als die Kündigung von Herrn Professor Fink schon vollzogen war. Wir haben uns im Rahmen der Arbeitsgruppe mit einer Reihe von Studenten aus dem Fachbereich Theologie unterhalten. Selbstverständlich kriegen wir nicht Akteneinsicht zu Dingen, die also gerichtsnotorisch sind und eigentlich für das Land interessant, also diese Möglichkeit haben wir nicht. Zu Herrn Hilsberg will ich sagen, die Rehabilitierung ist kompliziert. Die Humboldt-Universität hat nur eine sehr begrenzte Zahl von Stellen. Im Rahmen der Berufungen, die jetzt laufen, versucht man zu rehabilitieren, d. h. den ehemaligen Mitarbeitern und Professoren möglichst hohe Berufungschancen einzuräumen. Erfahrungen mit den gesetzlichen Grundlagen Arbeitsgesetz – dafür ist die Ehrenkommission zuständig. Die studentischen Senatoren der Universität haben im Frühjahr einen akademischen Beschluß durchbekommen, daß Endauskünfte der Gauckbehörde nicht nur zur Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung in Berlin, sondern gleichzeitig zur Universitätsleitung gehen. Das ermöglicht uns, daß die Leute von der Ehrenkommission angehört werden, und wenn die Kündigungsvorlagen in der Personalkommission der Universität verhandelt werden, liegt das Votum der Ehrenkommission vor, und in den allermeisten Fällen hat sich diese Personalkommission auch daran gehalten. Zu Herrn Thierse möchte ich sagen, dieser öffentlich bekannte Vorgang liegt der Ehrenkommission vor, aber aus personalrechtlichen Gründen können wir uns dazu jetzt nicht äußern. Also, die Ehrenkommission ist im Moment damit befaßt.

Abg. Frhr. von Schorlemer (CDU/CSU): Bei der Frage Fink war mir das nicht konkret genug. Das war ja eine Auseinandersetzung sowohl in der Studentenschaft wie auch in der Professorenschaft. Wie war da Ihre Stellung? Solidarisch oder dagegen?

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat: Wir warten die Gerichtsurteile ab. Wir haben uns mit Studenten des Fachbereiches Theologie unterhalten und haben sehr ambivalente Antworten bekommen. Unsere Projektgruppe hat öffentlich zu Herrn Fink keine Stellung bezogen.

Sv. Dr. Armin Mitter; Ich möchte hier grundsätzlich den Standpunkt der Studenten unterstreichen, den sie hier im Fall Fink eingenommen haben. Ich finde es wirklich völlig unangemessen, von Ihnen jetzt so eine Art moralische Verurteilung oder Rechtfertigung für den ehemaligen Rektor zur

fordern. Sondern verantwortungsbewußt ist es, diese Aktenberge abzuwarten, die zweite Entscheidung des Verwaltungsgerichtes. Und ich finde es völlig unangemessen von Ihnen, jetzt hier moralische Wertungen abzufordern.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Es geht überhaupt nicht um moralische Wertungen. Es geht darum, daß wir wissen wollten, wie in einem solchen politischen Konfliktfall an der alten Berliner Universität, die unter DDR-Zeiten eine SED-Eliteuniversität war, wie da sich die Studenten verhalten haben, und das kann man bitteschön erwarten, daß das mal offen gesagt wird und sich die Studenten eben nicht hinter Gerichtsurteilen verstecken. Armin Mitter, so geht es nicht.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Freunde, wir sind ein paar weniger geworden, aber das muß ja nichts Schlechtes sein. Nach Antworten auf die Fragen, die unmittelbar vor der Pause noch gestellt wurden, soll das Gespräch eröffnet werden, dafür sitzen jetzt die Obleute der Enquete-Kommission mit hier vorne. Es geht uns darum, daß Sie die Möglichkeit haben, uns entweder Fragen zu stellen oder auch Erwartungen an uns heranzutragen, mit uns ins Gespräch zu kommen. Es wird jetzt also keine große Vorstellungsrunde mehr geben, sondern jeder stellt sich an der Stelle vor, an der er sich selber durch ein Problem oder eine Frage ins Gespräch bringt.

Umweltbibliothek Berlin – Domaschk-Archiv –: Ich möchte etwas sagen zu den beiden Fragenkomplexen Vernetzung oder Dachorganisation sowie zu der Anfrage bezogen auf die Gauckbehörde. Bei mir kommt mit dieser Forderung nach einer Dachorganisation eben an, daß wir also wieder organisiert, zentralisiert werden sollen. Das kann nicht das Ziel sein. Ein Vernetzungsprozeß, das ist vielleicht das, was auch die anderen meinen, der ist hilfreich und der ist auch im Gange und auch anstrebenswert. Und da arbeiten also die Bürgerkomitees in verschiedenen Gremien zusammen und da ist auch vieles noch offen, ich habe eigentlich in meinem Referat auch schon etwas dazu gesagt. Darin kann eine sehr effektive Zusammenarbeit liegen und weitestgehend auch Doppelarbeit ausgeschlossen werden, wobei auch gesagt werden muß, daß wahrscheinlich eine Doppelarbeit nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann. Alle werden irgendwie auch ein Zeitungsartikelarchiv haben, es ist einfach aktuell, irgendwie wichtig, wird es durchaus auch in Magdeburg geben, und dann wieder in Berlin und dann auch an zwei Stellen in Berlin. Jede Gruppe hat ihr eigenes Profil, und das ist ja auch deutlich geworden und muß eigentlich auch erhalten bleiben, denn es steht und fällt ja mit den Leuten, die das machen, die da auch sich bestimmte Aufgaben zum Ziel gesetzt haben, die sich auch zum Großteil aus ihrer eigenen Geschichte erklären lassen. Dann der andere Problembereich. Das ist vielleicht ein bißchen mißverständlich angekommen. Wir wollen hier nicht eine Konkurrenz machen zur Gauck-Behörde, aber selbst schon die Eröffnung unseres Archivs war eigentlich

kein Affront in der Weise, da ja das Stasiunterlagengesetz nicht ganz unseren Vorstellungen entsprach. Es sollte eigentlich alles vor der Öffentlichkeit ein Stückchen verschlossener bleiben, und wir haben gedacht, nein, es muß an die Öffentlichkeit, die Dinge müssen öffentlich auch geklärt werden. Und dann gab es diese Strafanzeige, aber seitdem ist es nicht weitergegangen. Durchaus ist auch klar, die Gauckbehörde kann natürlich zu uns kommen und gucken, was wir haben und sie nicht. Das ist ein ganz logisches Ding, daß die Dinge überreicht werden, aber wir haben keinerlei Originale von solchen personenbezogenen Sachen. Es ist also illusorisch, da irgendwie zu meinen, wir hätten da mehr als die Gauck-Behörde.

Rehabilitationskommission ehem. Einrichtungen gem. Art. 36 EV, Silvia Müller: Ich kann es kurz machen, weil ein Teil der Fragen schon in der Pause angesprochen wurde. Zum Rundfunkarchiv Frankfurt/Main, Vorschlag von Professor Weber: Da sind die Aussichten nicht besonders gut. Frage von Frau von Renesse, in bezug auf einen Antrag an die Gemeinschaft der Rundfunkanstalten: Da ist unser Antrag abgeblitzt. Dann bliebe noch die Frage von Professor Wilke wegen Kontakten zu wissenschaftlichen Fachbereichen: Es gibt Kontakte zum Grimme-Institut, wo ich auch mitarbeite, es gibt Kontakte zu etlichen anderen Medienwissenschaftlern, die informeller Art sind und im Informationsaustausch bestehen, so auch zur Fernuniversität Hagen, die sich ja zum Beispiel mit biographischer Forschung befaßt, und es gibt auch Kontakte zum Riasrundfunkarchiv Berlin.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat: Meine Damen und Herren, ich möchte die Frage von Abgeordneten Hilsberg beantworten nach dem Rehabilitierungsprozeß an der Humboldt-Universität. Zunächst möchte ich vorwegschicken, daß am Zentralen Runden Tisch die Frage der Stasidokumente für die Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus eine ganz zentrale Rolle gespielt hat. Es war ein ganz zentrales Argument, um damals die von vielen Seiten geforderte Vernichtung der Akten aufzuhalten. Heute nach nahezu 3 Jahren kann ich als Selbstbetroffener sagen, daß mit den Akten sicherlich sehr viele nützliche Prozesse angeschoben wurden, aber zuallerletzt dieser Prozeß der Rehabilitierung, da ist bis heute relativ wenig passiert. An der Humboldt-Universität hat sich bereits 1990 ohne gesetzliche Grundlage eine Rehabilitierungskommission gebildet, sie besteht aus einer Kommission und einem ständigen Sekretär und hat bis heute etwas über 200 Anträge bearbeitet. Richtig ist dabei, diese Kommission arbeitet nur auf Antrag. Man muß sich klar machen, daß die Humboldt-Universität in den letzten 40 Jahren im Durchschnitt vielleicht 20. 000 Studenten und Mitarbeiter hatte, dahingegen ist die Zahl von 200 Anträgen auf Rehabilitierung denkbar gering. Von diesen Anträgen sind ungefähr 30% als berechtigt eingestuft worden, bei 30% fällt es schwer, anhand der Unterlagen, die sich an der Universität befinden, eindeutig

zu entscheiden, ob eine politische Verfolgung vorliegt oder nicht, und ungefähr 30% sind abgelehnt worden. Bislang ist auch von Seiten der Gauck-Behörde in Richtung Durchsicht der Unterlagen zwecks Rehabilitierung der Opfer nach meiner Einschätzung relativ wenig geschehen. Die Aufdeckung der Verfolgung von Personen muß in Zukunft ebenso Aufgabe der Gauck-Behörde werden wie beispielsweise das Heraussuchen von inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Wir haben an der Humboldt-Universität verschiedentlich Gespräche geführt mit politisch Verfolgten, und die Erfahrung ist, daß diese Menschen oft nicht mehr den Mut, oft nicht mehr die Kraft haben, zumal bei fehlender gesetzlicher Grundlage, überhaupt diesen Rehabilitierungsprozess anzustoßen. Das sind Leute, die oft als Dozenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter ins Gefängnis kamen, dann irgendwie in den Westen gelangten und heute einfach nicht mehr den Mut haben, das noch zu beginnen, und ich meine, es fehlt tatsächlich auch an der Ermutigung damit anzufangen. Wir haben festgestellt, daß die Frage der Rehabilitierung enorm vielschichtig ist. Es gibt Leute, die noch nicht einmal zum Abitur gekommen sind, es gibt Leute, die Ihren Abschluß nicht machen konnten oder die Professur nicht bekamen. Sicherlich ist zunächst einmal eine gesetzliche Grundlage zu schaffen und eine Behörde einzurichten, wie das auch im UBG vorgesehen ist, um den einzelnen Menschen tatsächlich Beistand und Förderung zukommen zulassen, aber ich meine, dieser Prozeß dauert nun schon ewig und der Senat von Berlin hat beispielsweise auf eine entsprechende Anfrage mitgeteilt, daß eine Behörde für Rehabilitierung erst dann eingerichtet werden kann, wenn man weiß, wie groß der Personenkreis ist und welche gesetzlichen Grundlagen dafür anzuziehen sind. Ich meine, da sind Sie als Mitglieder dieses Ausschusses im besonderen Maße gefordert, hier schnellstens Abhilfe zu schaffen, denn ich meine, das ist auch eine Frage des inneren Frieden im Osten Deutschlands, daß die ehemals Diskriminierten nicht heute auch die Benachteiligten im vereinigten Deutschland bleiben.

Vorsitzender Eppelmann: Einen möchte ich noch zu Wort kommen lassen, weil ich den Gedanken habe, das ist erforderlich, er ist angestellt bei einer Behörde, die gestern mehrmals genannt worden ist, auch kritisch, heute wieder. Diese Behörde sollte die Chance haben sich zu äußern. Ich begrüße unter uns und erteile das Wort zu einer kurzen Stellungnahme David Gill von der Gauck-Behörde aus Berlin, bitte.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, David Gill: Ja, vielen Dank, daß mir Gelegenheit gegeben wird, kurz hier zu antworten. Für die, die es nicht wissen, ich bin Pressesprecher des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Der eine Punkt, ich bedauere, daß ich gestern nicht da war, und also die Ausführungen von Herrn Schaefgen nicht